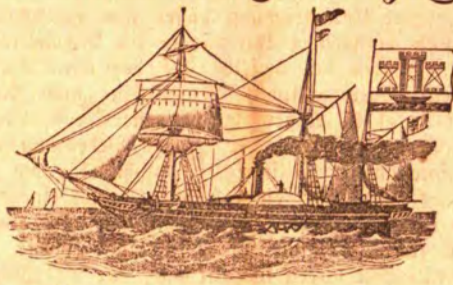


# Memeler Dampfboot.

„Memeler und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens  
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-  
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis  
pr. numerando 3 Mart,  
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten  
3 1/2 Mart.  
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-  
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 R.-Pf.,  
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit  
20 R.-Pf. berechnet.  
Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen für die folgende Nummer bestimmt,  
sind spätestens bis Nachmittags 2 Uhr  
einzuliefern.  
Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

№ 266.

Memel, Mittwoch, den 13. November.

1878.

## Tages-Chronik.

Den 13., Vorm. 10 Uhr, im Sitzungssaale des  
Kreis-Ausschusses, Neuer Park No. 6, Verpachtung von  
Chaussée-Geldbestellen; 11 Uhr, im Polizeibüreau Ver-  
kauf von konfiscirten Hasen.

## Das Institut der Kriegsführung im Masken- Costüm.

Das Schicksal gefällt sich zuweilen in etwas drastischen  
Scherzen. Dem erschüttertesten Ernst gesellt sich zuweilen  
die heiterste Epifode bei und stellt neben die gewaltigste  
historische Scherz scheint sich eben wieder vorzubereiten.  
Der Krieg zwischen England und Afghanistan ist allen  
Anzeichen nach doch unvermeidlich und nahe bevorstehend,  
trotzdem die Engländer all ihren Witz aufgewendet haben,  
um aus der fatalen Situation hinauszuschlüpfen und den  
Krieg zu vermeiden. Der unzugängliche Emir von Kabul  
war für keinerlei friedliche Verständigung zu gewinnen,  
war nicht dazu zu veranlassen, auch nur durch eine halbe  
Concession die Engländer zu verfühnen, den Schimpf zu  
lindern, den er der Britischen Gesandtschaft angethan.  
Nicht die leiseste Gutschuldigung war ihm abzurufen,  
nicht einmal zu einem schüchternen „es ist nicht gern ge-  
sehen“ ließ er sich herbei, nicht durch ein einziges Wort  
wollte er die Verzeihung Englands erbitten, die ihm so  
gern entgegengetragen wurde. England war brutal be-  
zweckend und alle Bemühungen, den Schimpf wieder weg-  
zuwischen, haben ihn im Gegentheil nur noch mehr ver-  
stärkt. Nicht genug übrigens damit, daß der Emir von  
Kabul alle Englischen Verständigungsversuche barsch zurück-  
wies, und es der Regierung von London anheimstellte zu  
thun, „was sie will“, nicht genug in seiner schroffen  
und ablehnenden Haltung, scheint er jetzt sogar gewillt,  
selbst zum Angriff überzugehen.

Welchen Antheil an dem Verhathen Schir Ali's den  
Engländern gegenüber, welchen Antheil an all' den  
Schroffheiten des Emirs und an seinem aggressiven Vor-  
gehen Rußland hat, darüber ist viel gestritten worden.  
In London war man überzeugt, der Emir sei bloß die  
vorgeschobene Figur, sei bloß die Gliederpuppe, dirigirt  
vom Moskowiter, und jedes Wort, das er sage, sei von  
diesem zugefächelt. In St. Petersburg ist diese Auf-  
fassung häufig dementirt worden. Neuerdings vollziehen  
sich indeß Ereignisse, welche die Petersburger Dementis  
in ein eigenhümliches Licht stellen.

Man weiß, daß mancher Russische Soldat in den  
letzten Jahren in gar mancherlei Uniformen Krieg führten.  
Unter den Herzogowzen, die vor wenig Jahren den Auf-  
stand gegen die Türkei in Scene setzten, kämpften nicht  
wenige beurlaubte Russische Soldaten. Im Serbisch-  
Türkischen Kriege waren ganze Bataillone, ja Regimenter  
regulärer Russischer Truppen, von Russischen Generalen  
commandirt, auf Serbischer Seite. Russische Soldaten  
und Offiziere standen in den Reihen der gegen die Pforte  
kämpfenden Montenegriner. Jetzt hört man auch, daß  
Russische „Freiwillige“ angeworben werden zur Theil-  
nahme an dem Kriege der Afghanen gegen die Engländer.  
Diese „Freiwilligen“ werden nicht etwa geworben unter  
der bürgerlichen Bevölkerung des Czarenreiches, nein,  
aus der Mitte der regulären Truppen heraus werden  
sie genommen.

Man weiß hiernach gerade zur Genüge, was unter  
der „Freiwilligkeit“ zu verstehen ist. Zugeständenermaßen  
sind bis jetzt schon mehrere Tausend Russischer Soldaten  
und Offiziere für die Dienste in Afghanistan gewonnen,  
und die Werbung hat damit noch keine Ende erreicht.  
Natürlich würde man sich in Petersburg außerordentlich  
dagegen verwahren, als wolle Rußland gegen England  
Krieg führen. Es ist ja auch gar nicht Rußland, es  
sind bloß Russische Soldaten, die diesen Krieg mitmachen.

Diese Kriegsführung per procura ist eine seltsame  
Russische Erfindung. Als eigentlich kriegsführende Macht  
wird da irgend eine vorgeschobene kleinstaatliche Figur  
benutzt, in allerhand fremde Uniformen werden die Rus-  
sischen Soldaten gekleidet, sie kämpfen mit Russischen Waf-  
sen für Russisches Geld und Russische Interessen, ver-  
antwortlich aber für diesen Krieg und seine Folgen ist

natürlich Rußland durchaus nicht. Es ist ja offiziell eine  
ganz neutrale Macht!

Die Europäischen Mächte haben ein dringliches  
Interesse daran, sich diese Kriegsführung im Masken-  
Costüm etwas genauer anzusehen. Was heute dem einen  
Staate geschieht, kann morgen dem anderen geschehen,  
und kein Land ist vor dem Schicksal sicher, früher oder  
später einmal ebenfalls von solch' unbehaglichen Masken-  
scherzen betroffen zu werden. Die Großmächte haben  
ein lebhaftes Interesse daran, zu untersuchen, ob die  
Beurlaubung von Soldaten zu dem Zwecke ihrer Theil-  
nahme an dem Kriege einer fremden Macht vereinbar  
sei mit dem Wesen der Neutralität.

Die Erfahrung, welche Europa seit dem Aufstande  
in der Herzegowina bis zum Englisch-Afghanischen Kriege  
gemacht hat, ist in dieser Richtung nicht eben erfreu-  
licher und tröstlicher Natur. Die Anonymität hat selten  
besonders rühmenswerthe Vorzüge, am bedenklichsten ist  
sie aber in der Kriegsführung. Hat Rußland ein Inter-  
esse daran, die Regierung von St. Petersburg anzufordern,  
nun wohl, so sende es seine Kriegserklärung nach Lon-  
don. Ganz Europa aber hat ein intimes Interesse daran,  
daß die Russische Erfindung sich nicht fernherhin einbürgert:  
das Institut der Kriegsführung im Masken-Costüm.

## Politische Uebersicht.

r. Memel, den 12. November.

In Betreff des Rundschreibens, durch welches der  
Reichskanzler bei den Bundesregierungen eine Tarif-  
revision angeregt hat, wird der „Weser-Zeitung“ noch  
folgendes geschrieben: „Der Reichskanzler hat den Vor-  
behalt hinzugefügt, im Falle die Regierungen gewillt seien,  
dieser Angelegenheit näher zu treten, werde der Antrag  
an den Bundesrath gerichtet werden, eine aus Vertretern  
der Bundesstaaten bestehende Commission einzusetzen,  
welcher die Aufgabe obverlegt werden solle, den bestehenden  
Tarif zu prüfen und Vorschläge wegen Abänderung des-  
selben auszuarbeiten. Ob der Reichskanzler bereits be-  
stimmte Vorschläge bezüglich der Richtung, in welcher  
sich die Tarifrevision zu bewegen habe, gemacht hat,  
darüber hat Bestimmtes noch nicht verlautet; ebensowenig  
wie über die Aufnahme, welche der Vorschlag des  
Reichskanzlers bei den Regierungen gefunden hat.“  
Zum Abschlusse werden diese Verhandlungen jedenfalls  
erst dann gebracht werden können, wenn die Resultate  
der schwebenden Enqueten vorliegen. In dieser Beziehung  
ist zu bemerken, daß die im Reichstagsgebäude seit Mon-  
tag, den 11. November, im Reichstagsgebäude tagt, aller  
Wahrscheinlichkeit nach bis Ende des Monats dauern  
wird. Am Sonnabend haben ebenfalls im Reichstags-  
gebäude die Sitzungen der Commission für die Leinen-  
und Baumwollen-Enquete begonnen, da die Vernehmung  
von über hundert Sachverständigen in Aussicht genommen  
ist, so dürften die Sitzungen dieser Enquete sich bis Ende  
December ausdehnen.

Im Vordergrund der jüngsten Nachrichten stehen  
die Petersburger Dementis. Es wird in der Pol. Corr.  
geleugnet, daß der Czar von einer andern Krankheit  
heimgesucht worden sei, als von einer leichten katarrhali-  
schen Affection, die bereits wieder beseitigt wäre. Und  
es wird ferner in einem der bekannten anonymen Tele-  
gramme aus der Russischen Hauptstadt bestritten, daß  
Wärtigen Angelegenheiten ernannt worden wäre. Fürst  
Gortschakow habe kein Demissions-Gesuch eingereicht, und  
Fürst Orlow denke nicht daran, seinen Botschafterposten  
in Paris mit dem Londoner zu vertauschen. Da gleich-  
wohl die Times berichtet, Schuwalow könne nur nach  
London, um seine Abberufung anzugehen, so liegt der  
Schluß nahe, daß der Einfluß Gortschakow's den seinigen  
überwunden habe. Es wird endlich auf das Bestimmteste  
dementirt, daß Rußland den Berliner Vertrag in irgend  
einem Punkte zu verletzen geneigt sei. Dem Czar mag  
es sauer geworden sein, seinen Liebling fallen zu lassen,  
allein Gortschakow hat, wie man der Berliner „Post“  
schreibt, die Militärpartei hinter sich, und mit dieser sich  
zu überwerfen erscheint selbst dem Czar bedenklich.  
Orlow's Vernehmung nach Baden-Baden zu einer Conferenz

mit Gortschakow erfolgte nach derselben Quelle zu dem  
Zwecke, um Frankreich's Haltung gegenüber England zu  
besprechen. Im Uebrigen ist die ganze Angelegenheit so  
sehr in Dunkel gehüllt, daß es schwierig ist, einen Ein-  
blick in dieselbe zu gewinnen.

Nicht ohne Beklemmung sah man der Rede des  
Englischen Premierministers bei dem Lordmayors-Banket  
entgegen, da man sich nur zu deutlich der vielberufenen  
Rede desselben Mannes erinnerte, auf welche Kaiser  
Alexander zwei Tage später in Moskau Rußlands Kriegs-  
erklärung an die Pforte erließ. Diesmal kam es anders.  
Was wir bereits in der gestrigen Nummer bemerkten,  
daß diesmal Disraeli vermuthlich einen gemäßigten Ton  
anschlagen werde, hat sich bestätigt. Disraeli leitete  
seine Rede, so weit sie die auswärtigen Fragen in ihren  
Bereich zog, mit einer durchaus objectiven und für Ruß-  
land nicht verletzenden Betrachtung über die Afghanische  
Verwickelung ein. Erst bei der Besprechung der Englisch-  
Türkischen Convention gab er dem Mißtrauen gegen den  
türkischen Paktanten in dem Satze Ausdruck, England  
werde durch dieselbe die verhängnißvolle Vorherrschaft  
eines einzigen Staates verhindern können. Als Knall-  
effect für den Schluß seiner Rede hatte sich der Eng-  
länder im Brillantfeuer der Berliner Vertragserklärung  
für dessen stricte Durchführung England kein Opfer scheue.  
Disraeli sprach sich in bemerkenswerther Weise gleich  
seinen ministeriellen Collegen in Bezug auf die Euro-  
päische Lage optimistisch aus und bei der ausgesprochenen  
durch die Macht der Umstände gebotenen Neigung Ruß-  
lands zum Frieden werden auch die schwärzesten Orient-  
wolken sich zertreiben lassen, zumal es sich bei Gelegen-  
heit der Gruppierung der internationalen Commission ge-  
zeigt hat, daß in den Hauptfragen dem Wesen nach noch  
heute die Verabredungen des Dreikaiserbundes bestehen.

In Oesterreich steht ein Staatsmann an der Spitze  
einer Ringerhöhung. Wenn man einer Nachricht des  
„Neuen Wiener Tageblatt“ Glauben schenken darf, dann  
trägt sich der Kaiser Franz Joseph von Oesterreich mit  
der ernsten Absicht, Franz Andrássy von Oesterreich  
oder zum „Großkanzler“ zu ernennen. Diese Ernennung  
hätte in diesem Augenblicke eine seltsame Nebenbedeutung,  
eine gegen den Reichsrath gerichtete Spitze. Der Oester-  
reichische Reichsrath hat sich soeben in einer Adresse an  
den Kaiser über die Andrássy'sche Orientpolitik auf's  
Höchste beklagt; besteht die Antwort des Monarchen in  
einer eklatanten Auszeichnung für Andrássy, dann ist dies  
eine herbe zurückweisende Antwort an die Volksvertretung.

Dagegen kommt eine andere Nachricht mit dem An-  
schein vollster Zuverlässigkeit und Sicherheit von Wien  
herüber. Graf Trautsmansdorf soll nun definitiv zum  
Botschafter Oesterreichs in Berlin ernannt werden. Diese  
Ernennung war bekanntlich bereits früher beabsichtigt,  
stieß aber auf Hindernisse, weil — wie es hieß —  
Trautsmansdorf sehr ultramontaner Gesinnung sei.  
Die Nachricht, daß er nun dennoch ernannt wird, trifft  
mit den Mittheilungen über erneute und günstig ver-  
laufende Verhandlungen zwischen Berlin und dem Vatikan  
zusammen. Die beiden Nachrichten illustriren einander,  
machen sich gegenseitig wahrscheinlicher.

Die Staatswahlen in der Nordamerikanischen Union  
haben namentlich zwei erfreuliche Resultate gehabt: die  
Niederlage der Tammany-Partei in Newyork und des  
Generals Butler in Massachusetts. „Der Tammany“  
sagt die Newyorker Staatszeitung, „repräsentirt eine po-  
litische Beamtenwirthschaft, die sich gelegentlich, wie im  
gegenwärtigen Augenblicke, zu einer Monarchie zuspizt  
und zu allen Zeiten die Selbstregierung zur Farce macht.  
So lange eine Horde Menschen, die keine andere Sub-  
sistenzquelle haben, als die Mittel, die sie ihnen aus der  
öffentlichen Kasse zufließen, durchaus versorgt werden muß,  
wird die Zahl der Beamten eher vermehrt als vermindert  
und die Verwaltung um so kostspieliger und schlechter  
werden.“ Allerdings verheißt sich dabei das Newyorker  
Ull nicht, daß lokale Untergangungen nicht ausreichen,  
um solchen Maschinen, wie der Tammany, den Lebensnerv  
völlig abzuschneiden.

## Deutsches Reich.

△ Berlin, 10. November. [Der erste Parteitag der Fortschrittspartei]. Die Tagesordnung für den ersten Parteitag der Deutschen Fortschrittspartei ist nunmehr in folgender Weise festgesetzt: Sonnabend, 23. November, Abends 7 Uhr, Vorversammlung der Mitglieder des Parteitages im großen Saal des Architektenhauses, Wilhelmstraße 92. 93.; Begrüßung der Mitglieder durch das Centralwahlkomitee; Vorbesprechung über den Entwurf der Geschäftsordnung, über die Bureauwahlen und die Festsetzung der Tagesordnung, nachher gesellige Vereinigung in den Räumen des Architektenhauses. Sonntag, 24. November, Vormittags 10 Uhr: Erste Plenarsitzung des Parteitages im großen Saal des Architektenhauses: a) Eröffnung des Parteitages; b) Beschlußfassung über die Geschäftsordnung; c) Bureauwahl; d) Festsetzung der Tagesordnung; e) Verathung des Parteiprogramms. — Abends 7 Uhr: Allgemeine Parteiversammlung im großen Saal des Tiboli. Montag, 25. November, Vormittags 10 Uhr: Zweite Plenarsitzung im großen Saal des Architektenhauses: a) Fortsetzung der Verathung des Parteiprogramms; b) Verathung über die Organisation der Partei. — Nachmittags 5 Uhr: Festessen bei Kroll. Dienstag, 26. November, Vormittags 10 Uhr: Dritte Plenarsitzung des Parteitages: a) Fortsetzung der Verathung über die Organisation der Partei; b) Anträge von Mitgliedern des Parteitages; c) Schluß des Parteitages. — Nach Schluß der Plenarsitzung in den kleineren Sälen des Architektenhauses: Konstituierung des Central-Wahlkomitees und des geschäftsführenden Ausschusses auf Grund der Beschlüsse über die Organisation der Partei; Konferenz der Interessenten der Parteipresse über Preßangelegenheiten. Zur Theilnahme an den Plenarsitzungen und der Vorversammlung des Parteitages berechtigt sind die zur Partei gehörigen zeitigen und früheren Abgeordneten zum Reichstage und zu den Einzellandtagen, die Delegirten von Parteiversammlungen (bis zu fünf aus jedem Reichswahlkreise) und die zur Partei gehörigen Verleger und Redakteure fortschrittlicher Blätter. Der Entwurf zum Programm der Deutschen Fortschrittspartei, von dem hierzu bestellten fortschrittlichen Abgeordneten ausgearbeitet, lautet: „Die Deutsche Fortschrittspartei, im Jahre 1861 in dem doppelten Kampfe um die Einigung des Deutschen Vaterlandes und um die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung entstanden, hat nach wie vor zum obersten Ziele, dem Deutschen Staatswesen immer festere Grundlagen zu schaffen durch Sicherstellung der bürgerlichen Freiheit durch Hebung der sittlichen und materiellen Wohlfahrt des Volkes, durch Kräftigung der konstitutionellen Rechte seiner Vertretung. — In Treue gegen den Kaiser, auf dem verfassungsmäßigen Boden des Bundesstaates wird die Partei die Aufgaben erfüllen, die ihr für das Deutsche Reich und das Deutsche Volk erwachsen. Diese Aufgaben bezeichnen zugleich die Grundrichtung, welche ihre politische Thätigkeit auf dem Boden der konstitutionellen Verfassungen in den Einzelstaaten einzuhalten hat. In diesem Sinne hat der Parteitag beschlossen, als leitende Grundsätze, um die wesentlich die Parteigenossen sich zu sammeln haben, die folgenden Aufgaben der Deutschen Fortschrittspartei zu bezeichnen: I. Die Entwicklung der parlamentarischen Verfassung durch Kräftigung der Rechte des Reichstages, und durch Einrichtung eines demselben verantwortlichen Reichsministeriums. Erhaltung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes und der dreijährigen Legislaturperiode. — Gewährung von Diäten an die Reichstagsmitglieder. II. Volle Durchführung des Rechtsstaates, insbesondere Gleichheit vor dem Gesetze ohne Ansehen des Standes und der Partei; Aburtheilung von politischen und Preßvergehen durch Geschworene; Sicherung der Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit. III. Entwicklung der vollen Wehrkraft des Volkes unter Schonung der wirtschaftlichen Interessen, daher Verminderung und gleichmäßige Vertheilung der Militärlast durch Abkürzung der Dienstzeit und volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. IV. Erhaltung des Rechtes des Reichstages auf jährliche Steuerbewilligung; bis zur vollen Sicherstellung dieses Rechtes in anderer Form, Beibehaltung der Matrifalarbeiträge unter Annahme eines gerechteren Vertheilungsmaßstabes. Vertheilung der Steuerlast nach Maßgabe der Steuerkraft; insbesondere keine Ueberbürdung der weniger bemittelten Volksklassen durch unverhältnismäßige Besteuerung allgemeiner Verbrauchsgegenstände. Festhaltung der bewährten Grundsätze der Zollvereinspolitik; keine Steuer- und Zollpolitik im Dienste einseitiger Interessen. — Keine Monopole. V. Aufrechterhaltung der Freizügigkeit, der Gewerbefreiheit, der Koalitionsfreiheit. Weiterer Ausbau der wirtschaftlichen Gesetzgebung, insbesondere zum Schutze für Leben und Gesundheit der Arbeiter, der Frauen und der Kinder. Gewerbliche Schiedsgerichte. Gesetzliche Anerkennung der auf Selbsthilfe begründeten Vereinigungen (Pensionskassen, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Einigungsämter). Förderung der allgemeinen und technischen Bildung der arbeitenden Klassen. Reform der Actiengesetzgebung. VII. Festsetzung der im öffentlichen Interesse notwendigen Bedingungen für die Anlage und den Betrieb der Eisenbahnen durch Reichsgesetze und Handhabung derselben durch Reichsbehörden mit unmittelbarer Executivgewalt; dagegen Ablehnung des Reichseisenbahnprojektes. VII. Individuelle Gewissens- und Glaubensfreiheit. Abgrenzung des Reichsgebietes, der Kirchen- und Religionsgesellschaften gegenüber dem Staat durch Staatsgesetz. Daher allgemeine Gesetzgebung über die Religionsgesellschaften ohne Rücksicht auf einzelne Konfessionen und ohne Bevorzugung

oder Zurücksetzung bestimmter Kirchen, namentlich Festsetzungen der Bedingungen, unter welchen Religionsgesellschaften staatlich anerkannt werden und Korporationsrechte erhalten müssen. Selbstständigkeit der Schule gegenüber der Kirche, unbeschadet der Ordnung des Religionsunterrichts.

△ Berlin, 9. November. Die Einrichtung einer Inspection der Militär-Telegraphie, welche seit dem Jahre 1877 bei der Deutschen Armee eingeführt ist, tritt in neuerer Zeit als ein immer dringenderes Bedürfnis hervor. Zur Unterbringung dieser neu errichteten Behörde sind einstweilen Bureaus in der Lützowstraße gemiethet, bis das für dieselbe auf dem Grundstück des Ingenieur-Dienstgebäudes (Kurfürsten- und Maassenstraße = Ecke) in Angriff genommene Dienstgebäude im Bau vollendet ist. Bei der großen Bedeutung, welche die Inspection der Militär-Telegraphie für die Zwecke der Armee hat, war die Errichtung eines eigenen Gebäudes dringend geboten. In demselben wird eine Central-Telegraphen-Station für militärische Zwecke, welche den Mittelpunkt bilden soll für alle, für die Zwecke der Armee dienenden telegraphischen Einrichtungen, errichtet. Außerdem liegt dem Inspecteur der Militär-Telegraphie die Ausbildung der Ingenieur-Offiziere, und zwar sowohl die ununterbrochene des im halbjährlichen Wechsel zur Inspektion selbst kommandirten Premier-Lieutenants, wie die periodische der außeretatmäßigen Secunde-Lieutenants der vereinigten Artillerie- und Ingenieur-Schule ob. Ebenso ist es die Aufgabe des Inspecteurs die Erfindungen und Erfindungen auf dem Gebiete der Telegraphie im Auge zu behalten und ihre Verwendbarkeit zu militärischen Zwecken zu prüfen. Diese Einrichtung hat sich seit der kurzen Zeit so vorzüglich bewährt, daß eine Erweiterung derselben schon binnen Kurzem zu erwarten steht. Es liegt nämlich in der Absicht der Militärverwaltung nicht um die Ingenieur-Offiziere mit dem Wesen der Telegraphie und ihrer Verwendbarkeit zu militärischen Zwecken vertraut zu machen, sondern auch den Mannschaften-Beitand des Heeres für diese Zwecke im Kriegsfalle schon während der Friedenszeit vorzubilden. Es soll demnach und zwar binnen Kurzem, wie wir erfahren, eine besondere militärische Abtheilung, — ähnlich wie das Eisenbahn-Regiment — geschaffen werden, welche speziell für den Militär-Telegraphendienst herangebildet und im Kriegsfalle in kleineren Abtheilungen den einzelnen Armee-Corps ausschließlich zu telegraphischen Zwecken beigegeben werden sollen. Auf diese Weise wird es möglich, gegebenen Falls vollkommen dienstfähige Mannschaften für diese Zwecke zu besitzen, welche die dann weiter von den einzelnen Regimentern überwiesenen Mannschaften anzuleiten und heranzubilden im Stande sind.

In der auf den 21. November dieses Jahres anberaumten Sitzung der Central-Moorcommission im Dienstgebäude des landwirtschaftlichen Ministeriums werden folgende Gegenstände zur Verathung gelangen: 1. ein Bericht über die Reise der Central-Moorcommission zur Besichtigung der Moore und Meliorationen in Ostpreußen. 2. Bericht über die Vereisung des hohen Venus durch die Herren Bogge und Salsfeld. 3. Meliorationsprojekt Bruchhausen-Sylke. 4. Referat des Freiherrn von Quardt über die Sammlung von Polizeiverordnungen, betreffend das Moorbrennen. 5. Referat des Landes-Deconomieraths Dr. Thiel über die Bedingungen bei Verpachtung von Mooren und Torfstichen. 6. Bericht über die Ergebnisse der von der Moorversuchsstation im Jahre 1878 eingeleiteten Forst- und Feldkulturversuche, sowie Feststellung des Arbeitsplanes der Station pro 1879. 7. Referat über die Hausdingische Schrift über Torfgewinnung und Moorkultur in Süddeutschland und Oesterreich. 8. Bericht über den Stand der Unterhandlungen mit der Ackerbauschule in Meppen, betreffend die Kontrolle der Feldversuche in Meppen. 9. Referat über die Bestrebungen auf dem Gebiete der Moorkultur in Schleswig-Holstein. 10) Referat über den Gemüsebau auf Moorboden und die Mittel zur Förderung desselben.

Die Militär-Briefstauben-Stationen, welche der Festungsverwaltung unterstellt sind, haben in der letzten Zeit ihre Taubenbestände in so erheblichem Maße vermehrt, daß das zur Abwartung und Einübung erforderliche Personal in nicht unerheblichem Maße vermehrt werden mußte. Namentlich ist eine Vermehrung der Kosten dadurch entstanden, daß die Tauben neuerdings zum Zweck ihrer kriegsmäßigen Verwendung nach zwei und drei verschiedenen Richtungen eingeübt werden, während dies seither nur nach einer Richtung erfolgte. Außerdem ist durch die Vermehrung der Briefstauben auch ein größeres Quantum von Futter erforderlich, so daß die Ausgaben, welche für die Zwecke der Briefstauben erforderlich sind, in letzter Zeit auf mehr als 50,000 Mark jährlich mehr gestiegen sind. Die Nützlichkeit der Briefstauben in Kriegzeiten macht diese Ausgaben unbedingt erforderlich.

Die „N. Pr. Ztg.“ meldet: „Ueber die dem Fürsten Bismarck verliehene Ordensdecoration des großen Sterns zum rothen Adler-Orden mit Krone und Scepter wird uns geschrieben: Eine solche Decoration ist früher nicht allein, wie erwähnt wurde, dem Ministerpräsidenten a. D. Frhr. v. Manteuffel (als Minister des Innern in dem sogenannten Novemberministerium), vielmehr zu gleicher Zeit dem damaligen Ministerpräsidenten Grafen Brandenburg und den Ministern von Ladenberg und v. Trotha verliehen worden. (Die Decoration für den Fürsten

Bismarck ist möglicherweise eine etwas andere, in sofern das jetzige Großkreuz des rothen Adlerordens damals noch nicht bestand.)

Die Sozialdemokraten sind unermüdetlich in den Versuchen die Verbote, von welchen ihre Presse neuerdings betroffen zu paralyfieren. An den Anschlagssäulen giebt heut ein rothes Plakat dem Publikum kund, daß der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Hasselmann von morgen ab ein „Familienblatt für's Deutsche Volk“ unter dem Namen „Glück auf!“ herausgeben wird, welches allwöchentlich Sonntag erscheinen soll. Wahrscheinlich wird dieses Blatt dasselbe Schicksal erleben, welches alle vor ihm gemachten literarischen Versuche traf — es wird schon in seiner ersten Nummer verboten werden — oder Herr Hasselmann handelt gegen seine innerste Natur und hält sein Blatt ganz gegen seine Gewohnheit von allen sozialdemokratischen Tendenzen gänzlich fern und dann erfüllt es eben den Partei Zweck nicht.

## Neueste Nachrichten.

Berlin, 9. November. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt einen längeren Artikel über das Verhältniß Deutschlands zu den Samoainseln, zum Schluß heißt es u. A.: Die gegenwärtige Krisis auf den Samoainseln könne nur dann eine Lösung finden, wenn die Samoaregierung sowohl mit Deutschland wie England einen die Stellung der meistbegünstigten Nationen einräumenden Vertrag abschließen; die Beschlagnahme der Häfen Saluafata und Faleilili werde aufrecht erhalten bleiben, bis die durch Artikel 4 des Protokolls vom 3. Juli 1877 zugesicherte Gleichberechtigung und als deren Ausdruck der Abschluß eines Handelsvertrages auf dem Fuße der meistbegünstigten Nationen gewährleistet sei. Das sei zugleich das beste Mittel zur Erreichung der von Deutschland bezüglich der Samoa-Inseln angestrebten Ziele, der Sicherung der wohlverwahrten Rechte der auf Samoa ansässigen Deutschen und der freundlichen, weder durch innere Parteilagen noch äußere Einmischung gestörten Entwicklung des Deutschen Handels. — Bezüglich der von dem Fürsten Putbus zur Befriedigung seiner sämtlichen Gläubiger unter Zustimmung aller Agnaten bei der Norddeutschen Bank in Hamburg aufgenommenen Anleihe theilt die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit, die Anleihe betrage ca. 2 1/2 Millionen Mark, zu deren Verzinsung und Tilgung durch 25 halbjährige Zahlungen von je 140,000 Mark bis zum 24. Juni 1891 alle Revenuen der Grafschaft Putbus der Norddeutschen Bank cedirt und übereignet seien. Für die Erfüllung des Anleihe-Vertrages seien außerdem weitere persönliche Bürgschaften gegeben, die als über allen Zweifel erhaben bezeichnet werden könnten. Die Namen der Bürgen eigneten sich aber nicht für die öffentliche Besprechung. — Das Urtheil in dem Preßprozeß gegen den Redacteur der früheren „Berliner freien Presse“ Pulkrabek, und gegen Dr. Guido Weiß ist heute publicirt worden. Pulkrabek ist zu 4 Jahren, Weiß zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Wien, 10. November. Wie von den Zeitungen aus Serajewo von gestern gemeldet wird, hat eine Deputation der Begs dem Oberkommandanten eine Adresse an den Kaiser überreicht, worin um die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn, um die Ausscheidung dieser Länder aus der religiösen Jurisdiktion des Scheik ul Islam und um die Organisation einer selbstständigen Mohamedanischen Kirchenbehörde für Bosnien und die Herzegowina, ferner um die Auflösung der konfessionellen Schulen, dagegen um die Errichtung von Volksschulen, endlich um die Gewährung einer Amnestie gebeten wird. Die Adresse ist von 59 der reichsten und zuverlässigsten der Mohamedaner von Serajewo unterzeichnet. Auf die von Murtai Beg bei Ueberreichung der Adresse an den Oberkommandanten Philippowich gerichtete Ansprache erwiderte Vexterer, er sei durch die Adresse um so mehr erfreut, weil dieselbe aus der eigenen Initiative der Mohamedaner hervorgegangen sei. Die Amnestie sei bereits bewilligt.

Petersburg, 10. November. Giesige amtliche Kreise bezeichnen es als evident, indem sie jede anderweite Behauptung widerlegen, daß Rußland lediglich auf dem Boden des Berliner Vertrages allen Vorkommnissen in der Türkei gegenüber zu verharren habe. Dem entspricht in der vollsten und korrektesten Weise das Verhalten des diesseitigen Botschafters in Konstantinopel, des Fürsten Lobanoff. Verlangt er einerseits von der Pforte die pünktliche Erfüllung der in Berlin übernommenen Verpflichtungen, für welche sich die Macht der Türkischen Regierung nicht immer ausreichend zeigt, so weiß er sich andererseits auch gebunden, was an ihm ist, von aller Unruhefestigung in Macedonien abzumachen. Weder die Pforte, noch irgend eine andere Macht wird die Korrektheit der Haltung des Fürsten Lobanoff in Konstantinopel bestreiten können. Im Uebrigen ist es außer Frage, daß man hier eine Verständigung mit England sowohl in Europa wie in Asien lebhaft wünscht. Die im eigenen Lande nicht durchdringende Autorität der Türkischen Regierung macht diese Verständigung für Europa vielfach wünschenswerth, in Asien gilt es durch Verständigung den Einfluß beider Mächte in diesem Welttheil zu erhalten, ihm für beide konvenable Grenzlinien zu ziehen und die Asiatischen Stämme nicht zu einer Erhebung aufzureizen.

— Aus eingezogenen authentischen Berichten aus dem Innern des Reichs ist die Thatsache konstatarbar, daß die Handels- und Fabrikverhältnisse die befriedigendsten







